ROTE KOMMENTARE

13.2.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14

Druck: J. Noth

Die merkwürdigen Lohnverhandlungen der IG Druck und Papier

Am 16. Januar trafen sich die Verhandlungskommissionen der IG-Druck und Papier und der Unternehmer des graphischen Gewerbes zu Lohnverhandlungen. Die Forderung der Gewerkschaft hieß: 12% lineare Lohnerhöhung für alle Arbeiter des Druckgewerbes. Die Unternehmer boten schäbige 5,5% und erklärten, auf keinen Fall mehr geben zu wollen. Die Gewerkschaftskommission erklärte daraufhin die Verhandlungen als gescheitert und wandte sich an das Schiedsgericht, das am 26. Januar in München zusammentrat und nach kurzer Verhandlung 8,4% Lohnerhöhung, als Kompromiss, den Tarifkommissionen der Gewerkschaft und der Unternehmer vorschlug. Die Gewerkschaft hatte schon nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen, am 16. Januar, in einem Flugblatt ihre feste Entschlossenheit zur Durchsetzung der 12%-Forderung bekräftigt: "... Sollen die Arbeitnehmer auch in der jetzigen Situation wieder Lohnverzicht leisten? Sie denken nicht daran! Sie stehen entschlossen hinter der Forderung ihrer Gewerkschaft und werden nicht zögern, diese Entschlossenheit gegebenenfalls zu beweisen.

Wir haben 12% Lohnerhöhung gefordert und wir meinen dabei 12%

Übrigens Kollege, ist dein Mitgliedsbuch in Ordnung? Es sollte jetzt in Ordnung gebracht werden. Für alle Fälle".

Nun, nach dem völlig ungenügenden Vorschlag des Schiedsgerichts rief die IG-Druck und Papier ihre Mitglieder zur Urabstimmung auf. Die Gewerkschaft schien also fest entschlossen, die 12% Lohnerhöhung, wenn es sein musste auch mit einem Streik, durchzusetzen.
Am Samstag, dem 7. Februar, wenige Tage vor dem Urabstimmungstermin, traten die Kommissionen der IG-Druck und Papier und der Unternehmer überraschend zu neuen Verhandlungen zusammen. Das Ergebnis: rückwirkend ab 1. Februar erhalten alle Arbeiter des graphischen Gewerbes 9,5% mehr Lohn.

Die Haltung der Gewerkschaft, ihr anfänglich festes Beharren auf der 12% - Forderung bis hin zur Vorbereitung des Streiks - um dann einem Kompromiss zuzustimmen, der nur unwesentlich, 0,9% genau, über dem, kurz zuvor noch heftig abgelehnten, Schiedsgerichts-Vorschlag liegt, muss jedem Arbeiter unverständlich bleiben. Die Unverschämtheit der Unternehmer und die scheinbare Entschlossenheit der Gewerkschaft, hatten die Arbeiter mit fester Bereitschaft erfüllt, ihre Forderungen zu erkämpfen.
Die ROTEN KOMMENTARE wollen etwas Licht in das Dunkel gewerkschaftlicher Geheimdiplomatie bringen.

Wie kam es zu der 12% - Forderung und wie ernst war es der Gewerkschaft damit?

In "druck und papier" 2/70, der Ausgabe des Zentralorgans der IG-Druck und Papier vom 26.1.1970, lesen wir unter der Überschrift "Das Loch": "Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des Arbeitnehmers betrug 1950 2850,-. Hätte es eben so rasch wie die durchschnittliche Arbeitsproduktivität zugenommen, (diese stieg von 1950 bis 1969 um 356%) so hätte es sich 1969 auf 12 996,- belaufen müssen. Tatsächlich machte es jedoch im selben Jahr nur 11 687,- aus. Aus dieser Differenz errechnet sich ein Nachholbedarf des durchschnittlichen Arbeitseinkommens von 11,2%. En unübersehbares Loch."

→

Arbeiter und Angestellte tut etwas gegen den NPD-Parteitag in Wertheim:

AM SAMSTAG DEN 14.2.1970 IN WERTHEIM

11.00 Uhr KUNDGEBUNG DES DGB
15.00 DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DER LINKEN

NPD - der braune Fleck auf der weißen Weste des Kapitals!

Dem DGB ins Gedächtnis:

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.

Inhalt:
Die merkwürdigen Lohnverhandlungen der IG-Druck und Papier
Bespitzelung von kranken Arbeitern
Internationale Arbeitskämpfe
Schweden /Spanien (Una hola de huelgas se exteiende pro toda Espana)
Antwort an die Lokalpresse

Damit wird klar, dass für die Gewerkschaft die 12% nicht eine beliebig gesetzte Höchstgrenze waren, die zuließ, dass man sich, nach endlosen Mauscheleien, mit dem Unternehmern "irgendwo in der Mitte" traf, sondern eine Mindestforderung. Nach ihren eigenen Berechnungen konnte das Ergebnis der Lohnverhandlungen also keineswegs unter diesen 11,2% liegen. Die Bereitschaft der Gewerkschaft, alle, ihr zur Verfügung stehenden Mittel entschlossen zum Nutzen ihrer Mitglieder einzusetzen, muss also gemessen werden an ihren Bemühungen um die Erkämpfung von 12% (mindestens aber 11,2%) mehr Lohn für alle Arbeiter der graphischen Berufe.

Nachdem die Unternehmer auch durch die drohende Urabstimmung unbeeindruckt blieben und ihr Angebot nicht auf die 12% erhöhten, musste dies Streik bedeuten. Die Gelegenheit war günstig. Die Auftragsbücher der Unternehmer sind voll. Die Profite fliessen so reichlich wie nie in die Taschen der Unternehmer. Ein Streik in dieser Situation hätte die Unternehmer schnell kirre gemacht. Dass die Gewerkschaft bei 9,5% Ja sagte, ist trotzdem nicht so unverständlich, wie es beim ersten Blick scheint. 9,5% das war die Grenze dessen, was die Unternehmer ohne Zwang zu zahlen bereit waren. Mehr hätte Streik bedeuten müssen.

Doch die Gewerkschaften wollen keinen Streik.

Denn der Kampf um Verbesserungen der Lage der Arbeiter ist hervorragend geeignet, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken und sie in Solidarität zu üben. In Streiks, Demonstrationen und Besetzungen ihrer Arbeitsplätze erfahren die Arbeiter eine Schulung, die sie diese Mittel ihres Kampfes von einem zum anderen Male besser handhaben lehrt. Die Bereitschaft oder Weigerung, die Fähigkeit oder Unfähigkeit, die Redlichkeit oder verräterische Anbiederung, die die Gewerkschaft bei der Führung dieses notwendigen Kampfes zeigt, das Geschick das sie beim Gebrauch des reichen Arsenals gewerkschaftlicher Kampfmittel entfaltet, bestimmt ihren Nutzen für die Arbeiter.

Die Reden von Arbeitsminister Arendt nach den September-Streiks aber beweisen, daß die Gewerkschaften gegenwärtig nur ein Ziel kennen: unter allen Umständen für Ruhe am Arbeitsplatz zu sorgen. Die Streiks von Kiruna bis Palermo sollen in Bochum und Mannheim keinen Widerhall finden. Während die Arbeiter der meisten europäischen Länder eben dabei sind, sich in Massenstreiks zu formieren, sollen die deutschen Arbeiter zur Ruhe angehalten werden. Nichts darf die konzertierte Harmonie von Gewerkschaften und Unternehmern stören. Die Kapitalisten wissen ihren Vorteil daraus zu schlagen, die Arbeiter bezahlen für das "gute Verhältnis" zwischen Unternehmern und Gewerkschaften mit schmaleren Lohntüten.

Die Arbeiter werden es immer wieder erleben, dass die Gewerkschaften mit ihrer Streikbereitschaft drohen, um überhaupt etwas von den Kapitalisten zu erhalten und sich dann mit mageren Kompromissen zufrieden geben, wenn sie nicht den Bürokraten der Gewerkschaften klar machen, dass ihre Entschlossenheit für höhere Löhne auch zu kämpfen, nicht zum Schindluder der Bonzen taugt.

Bespitzelung von kranken Arbeitern

Seit dem 1. Januar 1970 müssen die Unternehmer auch im Krankheitsfall der Arbeiter in den ersten 6 Wochen den Lohn weiterzahlen. Damit fällt für diese Zeit auch das Kontrollsystem der Krankenkassen fort. Die Kontrolleure der Krankenkassen haben ausgedient. Nur noch in sogenannten begründeten Fällen können die Krankenkassen den Vertrauensarzt auffordern, einen vom Hausarzt Krankgeschriebenen in den ersten 6 Wochen der Krankheit vorzuladen.

Mit dem Wegfall der Kontrolle über die kranken Arbeiter wollen sich die Unternehmer aber nicht abfinden. Sie versuchen mit allen Mitteln, die Kosten für die Lohnfortzahlung möglichst gering zu halten, was sie mit verstärktem Druck auf die Arbeiter erreichen wollen. Ob sie nun drohen oder ein eigenes Spitzel-System aufbauen, alles hat denselben Zweck: Die Arbeiter sollen es sich jetzt dreimal überlegen, ob sie krank werden können.

Die Neunkirchener Maschinen- und Achsenfabrik bei Erlangen setzte drei Arbeiter, die krank gewesen waren, auf die Straße, und veröffentlichte den Rausschmiß am Schwarzen Brett mit der Begründung, die Lohnkosten für Kranke müßten so niedrig wie möglich gehalten werden. Dies sei die erste Maßnahme aufgrund des Lohnfortzahlungsgesetzes.

Eine andere Maßnahme wäre es, ein eigenes Spitzel-System zu errichten. In Frankfurt bot ein "Allgemeiner Kontrolldienst für Betriebe" sich an, bei der Überwachung der kranken Arbeiter zu helfen. Der "Kontrolldienst" richtete an 1 000 Firmen folgendes Angebot:

"Sehr geehrter Herr Arbeitgeber!

Durch das neue Lohnfortzahlungsgesetz vom 1. Januar 1970 werden Arbeitnehmer bei Krankheit nicht mehr von den allgemeinen Krankenkassen durch Krankenkontrolleure besucht. Dieser Umstand wird für Ihren Betrieb zu einem Problem, Ihre Arbeitnehmer bei häufiger Krankheit zu überprüfen. Unsere Krankenkontrolleurstelle übernimmt für Ihre Firma den Krankenbesuch in diskreter Form bei Ihren Arbeitnehmern.

Ihr Auftrag an uns für diese Kontrolle kann telefonisch oder auch schriftlich durch Ihren Personalchef oder einen von Ihrer Firma beauftragten Angestellten veranlaßt werden. Unser Krankenkontrolleur wird sich den Krankenbesuch von Ihrem Arbeitnehmer bestätigen lassen, die wir Ihnen mit einem Bericht per Post zuschicken werden. Die Bekanntgabe an Ihre Arbeitnehmer, daß sie mit unserer Krankenkontrolleurstelle zusammenarbeiten, wird auch einen in Ihrem Interesse liegenden Erfolg zu verzeichnen haben.

Fortsetzung S. 6 →

Internationale Arbeitskämpfe

Wir bringen im folgenden Informationen über Streikbewegungen in Spanien, Schweden und Italien.
In Spanien leidet die Arbeiterklasse immer noch unter der Niederlage im Bürgerkrieg gegen den Faschisten Franco. Streiks werden in Spanien nicht wie in der Bundesrepublik zur Zeit noch mit Hilfe von manipulativen Mitteln ("Streiks schaden dem Gemeinwohl", "sind nicht mehr modern", usw.) bekämpft, sondern mit Hilfe von Polizei und Verhaftungen. Um so wichtiger ist die Tatsache, daß sich die spanische Arbeiterklasse immer mehr Luft verschafft. Über die Massenstreiks in Italien haben die RK bereits öfter berichtet. Sie sind wie die in Frankreich 1968 und die in der Bundesrepublik im September 1969 die klare Widerlegung aller Prophezeihungen von der Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus.
Die Streiks in Schweden, die unglaublich heftig, zum Teil lang andauernd und solidarisch auf der politischen Bildfläcber erscheinen, widerlegen alle Einflüsterungen der Sozialdemokraten von der Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Die Bergarbeiter von Kiruna in Nordschweden und ihre Kollegen in ganz Schweden haben klar gemacht, was sie von dieser Versöhnung halten. Die deutschen Sozialdemokraten haben das sozialdemokratisch regierte Schweden (seit 1932 regieren dort ununterbrochen die Sozialdemokraten) immer als Musterland ausgegeben. Die Streiks von Dezember/Januar haben bewiesen, daß Schweden wahrhaftig ein Musterland ist!

Schweden

Kalender der Streiks in Schweden.

Bedeutung der Abkürzungen:
LKAB = Staatliche Bergbaugesellschaft in Kiruna.
LO = Schwedischer Gewerkschaftsbund (schwed. DGB)
SAF = Schwedischer Arbeitgeberverband

9.12.69 40 Arbeiter einer Grube der LKAB treten in Sitzstreik. Sie protestieren damit gegen eine veränderte Arbeitsplatzbewertung und eine Lohnminderung. Außerdem dagegen, daß sie weniger Lohn erhalten als in vergleichbaren anderen Betrieben. Bei Schichtwechsel dehnt sich der Streik auf die gesamte Anlage aus.

10.12.69 Die Unternehmensleitung droht mit Entlassungen sämtlicher 350 streikender Arbeiter. Diese Drohung hat am nächsten Tag Folgen.

11.12.69 Alle Arbeiter der LKAB (über 4000) treten jetzt in Ausstand. Sympathiestreik der Hafenarbeiter in Lulea. (Lulea und Narwig in Norwegen sind die Exporthäfen der LKAB) Die norwegischen Hafenarbeiter aus Narwig erklären sich bereit, bei Bedarf mitzustreiken.
Der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft trifft in Kiruna ein, um zum Abbruch des Sreiks aufzufordern. Auf einer Massenversammlung wählen 4ooo Streikende ein 9-köpfiges Streikkomitee - darunter kein Gewerkschaftsfunktionär. Sie beschließen den unbefristeten Streik bis Resultate vorliegen. Liste mit 13 Forderungen.
Die Unternehmensleitung erklärt, nur mit offiziellen Gewerkschaftsvertretern verhandeln zu wollen.

12.12.69/ 13.12. Der Gewerkschaftsvorsitzende Nilsson ruft zu einer Versammlung auf. 80 Teilnehmer.
Die Streikenden lehnen die erpresserische Forderung der Unternehmensleitung ab, Notstandsarbeiten (Entwässerung der Gruben) durchzuführen. Sie geben folgende Forderung bekannt: Rücktritt der Gewerkschafts- und LKAB-Führung, höhere Löhne, Austritt der (staatlichen) LKAB aus dem Arbeitgeberverband SAF.
Massendemonstration in Kiruna.

14.12.69 Gewerkschaft bietet Verhandlungen zwischen LO und LKAB-Leitung an. Abgelehnt, weil es den Ausschluß der gewählten Mitglieder des Streikkomitees bedeuten würde.

15.12. - 18.12.69 Verhandlungen zwischen LO und LKAB. Die Streikenden erklären das Ergebnis im Voraus als null und nichtig.
Die Unternehmensleitung streut Gerücht aus, in Folge des Bergarbeiterstreiks müßten in einem staatlichen Eisenwerk (NJA) Entlassungen vorgenommen werden. Daraufhin sammeln die Kollegen des Eisenwerks spontan für die Bergarbeiter.
Die Unternehmensleitung weigert sich, die Löhne für die letzten Arbeitstage auszuzahlen. Spendenaktion in ganz Schweden.

21.12.69 Regierung entsendet einen Staatssekretär nach Kiruna.
Das offizielle Verhandlungsresultat zwischen Gewerkschaften und LKAB lautet: 1,33 Kronen (1kr. = 0,75 DM) pro Stunde mehr.
Die Arbeiter lehnen ab.

29.12./ 30.12.69 Das gewählte Streikkomitee schlägt folgende Linie vor: 27-köpfige Delegation, darunter 6 offizielle Gewerkschafter, für Verhandlungen mit der LKAB. Alle Delegierten müssen von den Streikenden gebilligt werden. Verhandlungsort muß Kiruna sein(also das Streikzentrum und nicht irgendein "stiller" Platz.) Versammlung von 3500 billigt diese Vorschläge.

3.1.70- 8.1. Verhandlungsrichtlinien werden ausgearbeitet und die Delegation gewählt. Ein Offizieller fällt durch.

8.1./ 9.1.70 LKAB weigert sich erneut, vor Beendigung des Streiks zu verhandeln. Fortsetzung des Streiks wird beschlossen.

13.1.70 Bergarbeitergewerkschaft beschließt Maßnahmen gegen die Streikenden (Ausschlußdrohung).

17.1.70 Die Mehrheit, 1500, hält auf Massenversammlungen an der bisherigen Linie fest: nur Verhandlungen mit der gewählten Delegation. 1000 stimmen jedoch für eine neue "gemischte" Kommission.

18.1.70 Der Vorstandsvorsitzende der LKAB, der zugleich Reichsbankpräsident ist, lehnt weiter Verhandlungen ab.

21.1.70 Ministerpräsident Palme (Sozialdemokrat) erklärt im Parlament: "Gesetz ist der Ausdruck für gegenseitige Rücksichtnahme und Solidarität unter den Bürgern. ... Eine Gesellschaft baut darauf, daß man sich darauf verlassen kann, daß ein Handschlag ein Handschlag ist, eine Absprache eine Absprache und ein Gesetz ein Gesetz." Die LO verurteilt die wilden Streiks. Geheimverhandlungen in Parlamentsnebenräumen zwischen LO- und SAF-Vorsitzenden.

20.1.70 - 22.1.70 Die Streiks greifen auf die Metall-, Automobil- und Elektroindustrie über. Bei Saab, den Telegrafenwerken, Elektrolux, Volvo usw. wird gestreikt. In einigen Fällen räumen die Unternehmer Lohnerhöhungen bis zu 2 Kronen (1,15 DM) ein. In Dänemark treten Werftarbeiter in den Streik.

22.1.70 / 23.1.70 Arbeitgeberverband SAF droht mit Arbeitsgerichtsprozessen und mit Nichtanerkennung von Tarifen, die auf Grund "wilder" Streiks zustande kommen. Er stütze sich dabei auf ein Rahmenabkommen mit den Gewerkschaften (LO).

24.1.70 Akute finanzielle Schwierigkeiten der Streikenden.

25.1.70 / 26.1.70 Austritt der LKAB aus dem Arbeitgeberverband SAF. Damit ist eine wichtige Forderung der Streikenden erfüllt. Vor Gespräch mit der Unternehmensleitung und der Delegation. Der 2. Vorsitzende der LO nimmt daran teil.

Kiruna, den 4. Februar, UPI

Der 54-tägige Streik von fast 5000 Grubenarbeitern in den staatlichen Erzminen in Kiruna und anderen nordschwedischen Städten wurde jetzt beendet. (FR vom 5. 2. 70)

Die bürgerliche Frankfurter Rundschau interessiert lediglich das Ende des Streiks, das ist für sie eine Erfolgsmeldung, die sie nicht weiter kommentieren muß. Die Roten Kommentare werden in einer der nächsten Ausgaben sich ausführlich damit befassen, welche Resultate der Streik gebracht hat und welche Bedeutung er für die Arbeiterklasse hat.

Spanien

Eine wichtige Etappe für die Neuorganisierung der spanischen Arbeiterbewegung nach dem Sieg des Faschismus 1939 waren die großen asturischen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1962, aus denen die sogenannten "Arbeiterräte" hervorgingen. Die Bildung dieser illegalen Arbeiterräte war notwendig, da die staatlichen Gewerkschaften als einzig legale sowohl die Lohnabhängigen als auch die Kapitalisten organisatorisch in sich vereinigen und einzig und allein die Interessen des Kapitals vertreten. Danach hat es in Spanien von 1963 - 1968 über 2500 verschiedene Streiks gegeben (Correo Catalán, 1.11. 70 S.11). Im Winter 1969/70 setzte eine neue Streikwelle in verschiedenen Industriegebieten, besonders aber wieder in Asturien, ein. Die dortigen Steinkohlebergwerke sind bekannt für ihre veralteten und gefährlichen Produktionsanlagen, niedrige Löhne und schlechte ärztliche Versorgung bei der häufig auftretenden Steinstaublunge (Silikose). Am 27. Dezember 1969 traten die Bergarbeiter der staatlichen Bergwerksgesellschaft HUNOSA in den Streik, nachdem ihnen die Betriebsleitung die Neujahrszulage (Bei uns Weihnachtsgeld) nicht ausgezahlt hatte. Dieser Streik dauert noch immer an; als die Firma am 25.1. für den nächsten Tag nicht näher bestimmte Sanktionen ankündigte, - über tausend Arbeiter waren bereits ausgesperrt worden - streikten noch mehr Arbeiter; außerdem kam es in verschiedenen Privatbetrieben zu Solidaritätsstreiks. Die Arbeitsplätze der asturischen Kumpels sind zusätzlich noch (ähnlich wie in der BRD) durch die sich jetzt schon deutlich abzeichnende Krise im Kohlenbergbau gefährdet: ständig wird mit der endgültigen Schliessung der Bergwerke gedroht.

Una hola de huelgas se extiende por toda Espana

Otra vez Asturias en la vanguardia del movimiento obrero español.

En el año 1962 fueron los mineros asturianos, los que diciendo: "no", a la politica del gobierno, desencadenaron la huelga más importante en España después de la guerra civil. Más de 100.000 obreros se sumaron a ella. De 1963 hasta 1968 hubo en toda España más de 2.500 huelgas.

Ahora otra vez y desde hace ya seis semanas, son miles de mineros asturianos los que vuelven a estar en huelga. El conflicto comenzó antes de las Navidades, en las minas estatales Hunosa, por no haber pagado a los obreros las primas de Navidad. A parte de esto otras reivindicaciones como: mejoramiento de las instalaciones, sueldos más altos, mejor asistencia médica, etc. etc. A los compañeros de Hunosa se les unieron los de otras minas y el número de parados fue aumentando.

En Sevilla miles de astilleros han ido a la huelga para protestar en contra del convenio colectivo.

En la empresa Standart-Electric, los obreros han ido también a la huelga. Motivo: La empresa no quiso readmitir a un compañero que acababa de salir de la cárcel. Los compañeros que se solidarizaron con él, fueron despedidos, esto fue el motivo de que los demás fuesen a la huelga, pero permaneciendo en la fábrica. Los grises y la guardia civil llamados por la empresa echaron a los obreros por la fuerza. Como siempre. En las provincias de Cádiz y Sevilla son los campersinos, que en un número superior a los 14.000 van a la huelga para pedir un jornal mínimo de

In einer Großwerft in Sevilla streiken seit einigen Tagen mehrere tausend Arbeiter zur Durchsetzung neuer Tarifverträge. 3000 Arbeiter der Standard Electric in Madrid traten am 24.1. in den Streik, nachdem einer ihrer Kollegen, der aus politischen Gründen im GEfängnis war, nach seiner Freilassung von der Firma nicht wieder eingestellt wurde. Darauf sollen von der Betriebsleitung mehr als 2o weitere "Rädelsführer" entlassen worden sein.

In einer Maschinenfabrik in Barcelona streikten Anfang Januar rund 1000 Arbeiter gegen die Einführung eines neuen Prämiensystems . Dieses System ist so raffiniert ausgeklügelt, daß man, wenn man an 29 Tagen im Monat ein bestimmtes Übersoll erfüllt, aber am letzten Tag darunter bleibt, die gesamten Prämien für den Monat verliert.(nach einer in Spanien erscheinenden Zeitung "Correo Catalán")

In den Provinzen Cádiz und Sevilla traten rund 14000 Landarbeiter in den Streik. Sie forderten Mindestlöhne von 3oo Peseten (rund 15,-DM) pro Tag + Transportkosten. Die Organisierung der spanischen Landarbeiter in Landarbeiterräten machte in letzter Zeit trotz heftiger Repressionen durch das faschistische Regime große Fortschritte.

Inzwischen ist es bereits zu Solidarisierungsaktionen im Ausland gekommen: Die Bergarbeiter von Kiruna in Schweden, die selbst streiken, schickten 12oo Kronen an die Familien spanischer Arbeiter , die im Gefängnis sitzen.

Bei Fiat (Italien) führten die Arbeiter Solidaritätsaktionen wie kleinere Streiks zur Unterstützung ihrer streikenden Kollegen bei SEAT, den spanischen Fiatwerken in Barcelona, durch.

300 pts. y el pago des transporte al lugar del trabajo.

En la empresa "Maquinaria terrestre y marítima" de Barcelona, más de 1.000 obreros van a la huelga para protestar en contra del sistema de primas. Los obreros tienen que llegar a una cantidad determinada cada día para poder ganar esta prima. En caso que el último día del mes no llegasen a esta cantidad, de nada les serviría los días restantes y por lo tanto no ganarían la prima.

En la "SEAT" se trabaja lento desde hace días y se boicotea los transportes públicos.

Y así se podrían contar muchos más casos.

Compañeros que significa esto para nosotros:

En España nuestros compañeros no luchan sólo por unas reinvindaciones salariales etc. sino directamente en contra de unos sindicatos fascistas y por lo tanto para conseguir unos sindicatos libres que pertenezcan a los obreros, no a los patronos. Se lucha en contra de una dictadura fascista que apoya a estos sindicatos verticales, que intentan deshacer todo intento de movimiento obrero.

Compañeros, solidaricémonos con nuestro hermanos de clase moralmente y también materialmente, apoyando a las Comisiones Obreras que tantas veces han probado ser, la vanguardia de los obreros españoles que luchan.

Los obreros de las minas de Kiruna (Suecia) han mandado dinero a España.

Los de la FIAT italiana se han solidarizado con sús compañeros de la SEAT.

Compañeros, politicémonos. No le tengamos miedo a la palabra política, porque los de arriba siempre la han hecho en contra nuestra.

Luchemos como lo hacen nuestros compañeros en España, para que no haya ni arriba ni abajo, sino una sociedad sin clases.

!Venceremos!

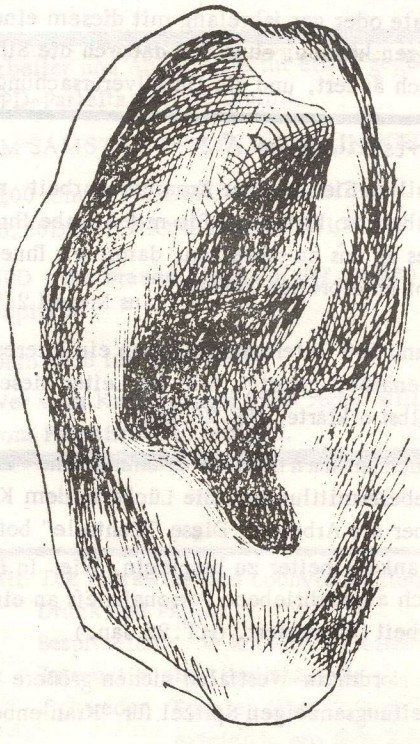
Berichtigung

zu "Krankenkasse im Wettbewerb" Rote Kommentare vom 21.1.70

Die örtlichen Pflichtkrankenkassen nehmen den Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen selbst vor. Daher können sie innerhalb bestimmter Grenzen die prozentuale Höhe der Beiträge selbst fetssetzen.

Sie ziehen die Gesamtsozialversicherungsbeiträge ein, bestehend aus Beiträgen für die Kranken-, Renten-, u. Arbeitslosenversicherung.

Die Beiträge für die Rentenversicherung werden an die Landesversicherungsanstalten abgeführt. Es werden nicht wie irrtümlich behauptet, Überschüsse an sie abgeführt.



Nebenfolge des Lohnfortzahlungsgesetzes:

Riesenwüchsiges Unternehmerohr →

HT 5.2.70

„38jährige von Regalstapler zu Tode gedrückt"

Unter der Überschrift „38jährige von Regalstapler zu Tode gedrückt" berichteten wir über einen sogenannten Betriebsunfall in der Wieslocher Schnellpresse am 14. Januar. In seinen „Roten Kommentaren" greift der SDS Heidelberg den tödlichen Unfall in der Darstellung des Heidelberger TAGEBLATT auf und befaßt sich damit, warum die 38jährige Frau B. in den Flur trat, in dem Regalstapler automatisch verkehren. Die „Roten Kommentare" erheben den Vorwurf, daß die Presse nichts über eine Weigerung eines Arbeiters berichtet habe, das erst im Oktober 1969 eingerichtete automatische Lager in Halle IV der Wieslocher Schnellpresse zu betreten, weil es den Sicherheitsvorschriften über Arbeitsschutz nicht entspreche. Der Verdacht, daß Sicherheitsvorschriften in der Wieslocher Schnellpresse, Halle IV, nicht beachtet worden sind, bestand und besteht beim TAGEBLATT auch jetzt noch. Die Unfalldarstellung der Polizei bestätigte den Verdacht, erst recht die von der Wieslocher Schnellpresse seinerzeit nicht erteilten Auskünfte zum Unfall. Die in den „Roten Kommentaren" zur Wahrheit erklärten Vermutungen, warum Frau B. in den Flur trat (etwa weil eine Stapeleinrichtung nicht funktionierte) ist naheliegend, war aber zum Zeitpunkt der Unfallmeldung nicht zu bestätigen, denn Frau B. war allein in Halle IV und tot. Sollte ein uns nicht bekannter Arbeiter schon tags zuvor Mängel in der Sicherung vor Arbeitsunfällen in der automatischen Lagerhalle festgestellt haben, dann hat er sich damit vielleicht an seine Gewerkschaft gewandt, nicht aber an das TAGEBLATT, als Frau B. zu Tode gedrückt worden war. Sowohl für den Tod von Frau B. als auch für den von dem unbekannten Arbeiter dargestellten Sachverhalt sind jedenfalls zunächst Kriminalpolizei und Staatsanwalt zuständig. pad

Das Heidelberger Tageblatt befaßt sich mit dem Artikel "Tod in der Schnellpresse" der Roten Kommentare vom 21.1.70. Es kommt zu dem Schluß, daß "zunächst Kriminalpolizei und Staatsanwalt" zuständig seien. Das Tageblatt wollte gewissermaßen nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber philosophieren, daß das Strafrecht nachdem Staatsanwalt und Kripo vorgehen, wie das Zivilrecht, Klassenrecht ist. Entscheidend ist hier, daß Kripo und Staatsanwalt sich Monate oder gar jahrelang mit diesem einen Fall beschäftigen können, ohne daß dadurch die Situation im Betrieb sich ändert, und die Unfallverursachung klargelegt wird.

Bevor die Untersuchungen der Justiz abgeschlossen sind, hat sich unter Umständen schon ein neuer Fall ereignet Die Aufgabe einer demokratischen Presse wäre es also, solche Fälle als für die Öffentlichkeit wichtige Fälle aufzugreifen, und die Ursachen zu analysieren. Damit würde man die Belegschaften bei der Verbesserung der Situation stärken; das Unternehmen kann es sich nicht leisten, bei "angespannter Arbeitsmarktlage" (wenn also die Ware Arbeitskraft Mangelware ist), daß es ruchbar wird, wie gefährlich es ist, in der Firma X zu arbeiten.

Aber so zu schreiben, kann sich eine von kapitalistischen Inserenten abhängige Presse wiederum nicht leisten.

Fortsetzung von S.2

Sollten Sie an einer Zusammenarbeit mit uns Interesse haben, so bitten wir Sie mit Angabe Ihres Personalstandes an uns zu schreiben, damit wir Ihnen ein Preisangebot unterbreiten können."
(aus Metall 2/70)

Rund 500 Unternehmer haben ein Interesse an der Zusammenarbeit gezeigt, wie der Leiter dieses Spitzel-Dienstes selbst erklärte. (FR.20.Jan.)

Auch in Mannheim erkannte eine "Zentrale für Arbeitgeberermittlungen" die Lücke in dem Kontrollsytem über die Arbeiter. Diese "Zentrale" bot ebenfalls an, kranke Arbeiter zu bespitzeln. Wie in Frankfurt zeigten sich angeschriebene Personalchefs an einer Zusamm menarbeit interessiert. (HT.22.Jan.)

In Nordrhein-Westfalen suchen größere Unternehmen in Zeitungsanzeigen Spitzel für "Krankenbesuche".

Als diese sauberen Geschäfte der Spitzeldienste veröffentlicht wurden, taten die Unternehmer entrüstet. Ein Sprecher vom Bezirksverband Württembergisch-Badischer Metallindustrieller in Mannheim:"Das Ding ist ungeheurlich!" Diese Heuchelei kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalisten immer nur daran interessiert sind, die Arbeitskraft möglichst intensiv zugunsten des Profits auszubeuten. Sie berufen sich auf die Kosten, die durch das Lohnfortzahlungsgesetz entstehen, drohen mit Entlassung und versuchen so, den Druck auf die Arbeiter zu verstärken, um die Gesamtarbeitszeit, in der produziert wird, möglichst hoch zu halten. Die Arbeiter sollen gezwungen werden, möglichst wenig krank zu sein und auf Kosten ihrer Gesundheit den Gewinn des Unternehmers zu erhöhen.

Die Kontrolle über die kranken Arbeiter muß endlich aufhören!
Deswegen muß die Forderung durchgesetzt werden, daß aus Krankheitsgründen kein Arbeiter entlassen werden darf!

Krankheitsfall kein Entlassungsgrund!

Wann wird es durchgesetzt sein, daß aus Krankheitsgründen niemand mehr entlassen wird?